

## DGAW-Pressemitteilung

### DGAW-Regionalveranstaltung über die Kapazitäten und den Bedarf von Deponien in Berlin und Brandenburg

Der DGAW ist es gelungen, dass die Vertreter beider Länder, die Herren Dr. Ulrich Stock und Michael Thielke, gemeinsam auf einer Veranstaltung bei der MEAB - Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH am 14.10.2014 in Potsdam zu der Thematik Stellung bezogen. Die große Nachfrage der Teilnehmer an dieser DGAW-Regionalveranstaltung, die zu einer Warteliste führte, zeigt die Aktualität und die Bedeutung des Themas. In Brandenburg befinden sich bereits mehrere Projekte im Genehmigungsverfahren und weitere befinden sich in der Vorbereitung. Es bestand Einigkeit unter den Anwesenden, dass unter bestimmten Voraussetzungen in einigen Jahren die Kapazitäten nicht ausreichen könnten, wenn die MantelV oder die DeponieersatzbaustoffV mit den zu Zeit publizierten Grenzwerten in Kraft tritt.

Vom Vizepräsidenten der DGAW, Dr. Alexander Gosten, wurde in einem Eingangsreferat auf die Gefahren für die Recyclingwirtschaft und die Diskriminierung von Sekundärbaustoffen hingewiesen und die unterschiedlichen Grenzwerte am Beispiel Zink in den verschiedenen Regelwerken der Abfall- und Landwirtschaft dargestellt. Die DGAW fordert, dass sich Grenzwerte an der akuten Gefährdungssituation ausrichten sollten. Die Ländervertreter sehen ebenfalls einen Harmonisierungs- und Plausibilisierungsbedarf für Grenzwerte.

Die Länder machten einerseits klar, dass auch langfristig die Deponie als Schadstoffsенke notwendig sein werde und andererseits das Deponieren nicht das Ziel der Kreislaufwirtschaft sein kann. Sie sehen im Planfeststellungsverfahren für neue Deponien keine besondere Hürde für die Schaffung neuer Kapazitäten. Herr Thielke sprach sich für die Notwendigkeit weiterer Kapazitäten aus, gestand aber durchaus ein, dass es zum aktuellen Zeitpunkt mehr Fragen als Antworten zur Umsetzung gäbe. Herr Dr. Stock pflichtete bei und brachte ergänzend ein, dass Brandenburg hier eine Vorreiterrolle für das Modell "Deponie auf Deponie" einnehme.

Eine Planrechtfertigung wird weiter als angemessen erachtet, weil die Schaffung von Überkapazitäten, die dann wieder zu einem drastischen Preisverfall führen würde, nicht erwünscht ist, um Recyclingaktivitäten nicht die Basis zu entziehen.

Da jährlich über 20 Mio. Mg mineralische Rohstoffe in Brandenburg gefördert werden, ist für den Bedarf an Kapazitäten entscheidend, welche Mengen zukünftig in den Abgrabungen verwertet werden können und wie die MantelV und die ErsatzbaustoffV ausgestaltet werden.

Herr Rüdiger Oetjen-Dehne erläuterte das methodische Vorgehen bei den aktuellen Studien und wies auf die systematischen Unschärfen bei den Mengenbetrachtungen hin. Er gab einen bildhaften Einblick in die Schwierigkeiten von Prognoseerhebungen im Bereich der DK I Abfälle und zeigte sehr anschaulich auf, dass insbesondere die Entsorgungswege nicht prognostiziert und pauschalisiert werden können.

Die Veranstaltung stellte die verschiedenen Szenarien dar und offenbarte die wirtschaftlichen Risiken für neuen Projekte. Die Behördenvertreter halten die Genehmigungspraxis für kein Hindernis, um rechtzeitig neue Kapazitäten errichten zu können, wenn die Verwertung von mineralischen Sekundärbaustoffen deutlich eingeschränkt werden würde.

----

03.11.2014